

1. M. 4321

Protest-Resolution der Steiner-Gruppe an die Leitung der IKÖ.

Im März dieses Jahres faßten drei revolutionäre Gruppen, die Leitung der IKÖ., zwei Mitglieder der Sozialistischen Studenten und die Steiner-Gruppe den Entschluß, gemeinsam eine illegale Zeitung "Der Sozialist" herauszugeben. In einem von der IKÖ selber verfaßten Vorschlag ("Vorschlag Nr.1") wurden die näheren Bedingungen, unter denen die Arbeitsgemeinschaft tätig sein sollte, festgelegt. Das Redaktionskomitee der Zeitung war paritätisch zusammengesetzt. Es bestand aus zwei Mitgliedern der IKÖ., zwei Mitgliedern der Steiner-Gruppe und den beiden Genossen Studenten. Noch vor dem Erscheinen der ersten Nummer traten die beiden Studenten aus dem Redaktionskomitee mit der Begründung aus, daß sie ein illegales Organ aus verschiedenen Gründen ablehnen.

Das restliche Redaktionskomitee bestand nunmehr aus den beiden Mitgliedern der IKÖ und den beiden Mitgliedern der Steiner-Gruppe, zwischen denen vollkommene Gleichberechtigung herrschte. Zwischen diesen vier Genossen haben sich niemals auch nur die geringsten Differenzen ergeben. Nach dem Erscheinen der ersten Nummer arbeiteten sie gemeinsam die zweite Nummer der Zeitung aus. Da das Organ bei der Arbeiterschaft großen Erfolg hatte, wurde die Auflage bei der zweiten Nummer wesentlich erhöht. Niemals wurde von Seiten der Leitung der IKÖ auch nur ein Wort der Kritik über den Inhalt des Blattes laut. Nachdem - ebenfalls vollkommen einmütig - auch die dritte Nummer des "Sozialist" vom Redaktionskomitee ausgearbeitet worden war, verzögerte sich der Druck dieser Nummer aus uns unbekanntem Gründen um einige Tage.

Inzwischen machte die Veröffentlichung des neuen Lohn-Preis-Paktes eine Stellungnahme zu dieser Tatsache notwendig, weshalb die beiden der IKÖ angehörenden Mitglieder der Redaktion und ein Genosse der Steiner-Gruppe eine Sondernummer verfaßten, die gleichzeitig mit der Nummer drei des "Sozialist" erscheinen sollte. Diese Sondernummer erschien auch, wogegen die von dem Redaktionskomitee einmütig beschlossene Nummer 3 ohne Angabe von Gründen auch in den nächsten zehn Tagen nicht gedruckt wurde.

Nach Ablauf dieser Zeit wurden den beiden Genossen der Steiner-Gruppe, in Gegenwart ihrer Redaktionsmitarbeiter, von zwei nicht der Redaktion angehörenden Mitgliedern der IKÖ - Bruno und Friedrich - einfach die Mitteilung gemacht, daß die Arbeitsgemeinschaft in ihrer bisherigen Form aufgelöst sei, trotzdem zwischen der Leitung der IKÖ und den im "Sozialist" erschienenen Artikeln keine politischen Differenzen bestehen.

Im übrigen aber sicherten die Genossen Bruno und Friedrich den Mitgliedern der Steiner-Gruppe ausdrücklich zu, daß die bereits ausgearbeitete Nummer des "Sozialist" ohne Änderungen erscheinen werde, nur solle an Stelle des einen Aufsatzes "Entwicklung oder Entartung" ein Artikel über den Lohn-Preis-Fakt treten. Später aber - so sagten die IKÖ-Genossen - wolle ihre Gruppe die Zeitung selbständig herausgeben. Sie fragten nun die Mitglieder der Steiner-Gruppe, unter welchen Bedingungen sie zur Mitarbeit bereit seien.

Darauf entgegnete Genosse Steiner, daß er eine endgültige Antwort erst nach Rücksprache mit den anderen Genossen seiner Gruppe geben könne. Gleichzeitig protestierte er sehr heftig gegen das vollkommen undemokratische und unproletarische Vorgehen der Leitung der IKÖ, die ja gar nicht das Recht habe, eine Arbeitsgemeinschaft, die auf vollständiger Gleichberechtigung beruht, von einem Tag auf den anderen, ohne vorherige Diskussion einseitig zu lösen, noch dazu, nachdem sie selber erklärt hatte, daß sie an dem politischen Inhalt der Artikel gar nichts auszusetzen habe. Genosse Steiner sprach für seine Person - durchaus nicht im Namen der Gruppe, was er ja gar nicht konnte - die Ansicht aus, daß er das Angebot einer ferneren Mitarbeit gar nicht als ein ehrliches ansehen könne. Daraufhin warf ihm Genosse Bruno vor, daß

er das Redaktionskomitee "terrorisiert" habe, was bisher noch keines der übrigen Mitglieder der Redaktion bemerkt hatte. Es wurde auch keine Erklärung abgegeben, worin dieser "Terror" eigentlich bestehe.

Eine Woche später erschien endlich die dritte Nummer des "Sozialist" aber nicht nur ohne den von der Steiner-Gruppe noch *n a c h* der Kündigung eingereichten Lohn-Preis-Fakt-Aufsatz (womit diese Gruppe hinlänglich bewiesen hat, daß sie zur Mitarbeit entschlossen ist!), sondern auch ohne die übrigen, schon längst ausgearbeiteten und von der Redaktion einmütig beschlossenen Artikeln, deren Erscheinen von den Genossen Bruno und Friedrich, als Vertreter der IKÖ, ausdrücklich zugesichert worden war. Es wurde also sogar ein Versprechen, das noch wenige Tage vorher gegeben worden war, ohne Angabe von Gründen, ohne weiteres gebrochen.

Die Steiner-Gruppe protestierte nun auf das Entschiedenste gegen dieses durch und durch unehrliche, willkürliche und jedem proletarischen Geist hohnsprechende Vorgehen der Leitung der IKÖ. Die Gruppe stellt fest, daß bis heute noch nicht einmal eine schriftliche Stellungnahme oder Kündigung von Seiten der IKÖ erfolgt ist, ganz zu schweigen von einer Diskussion, wie sie im Falle des Auftretens von Differenzen selbstverständlich stattfinden müßte. Die Steiner-Gruppe wurde einfach vor die vollendete Tatsache gestellt, daß "die Redaktion in ihrer bisherigen Form aufgelöst sei und die IKÖ den "Sozialist" in Zukunft selbständig herausgeben werde". Damit verstößt die IKÖ aber gegen ihren eigenen Vorschlag, daß "die Redaktion als Herausgeber auftritt". Weiters heißt es auch in dem erwähnten "Vorschlag Nr.1": "... die Aktionsdisziplin ist einzuhalten, dh die Beschlüsse der Redaktionsmehrheit sind von der Minderheit durchzuführen". Nun waren sich aber 1. die Redaktionsmitglieder ohnehin untereinander einig und 2. wurde ausdrücklich festgestellt, daß zwischen dem Inhalt der Zeitung und der IKÖ gar keine politischen Differenzen existieren. Und trotzdem wurde einfach die Auflösung der Arbeitsgemeinschaft proklamiert.

Die Leitung der IKÖ hat sich dadurch eines schweren Disziplinbruches schuldig gemacht. Alle Vereinbarungen und das ganze Redaktionskomitee wurden einfach übergangen und der Wille der Leitung der IKÖ selbstherrlich und ohne jedes Recht durchgesetzt.

Gegen dieses Vorgehen, das nicht einmal die einfachsten demokratischen Regeln berücksichtigt, erhebt die Steiner-Gruppe schärfsten Protest.

Die Gruppe fordert von der Leitung der IKÖ die Bekanntgabe der wahren Gründe der Zerreißung der Arbeitsgemeinschaft.

Die von den Genossen Bruno und Friedrich angegebenen Gründe sind ganz und gar nicht stichhältig. Denn es wurde erstens als Begründung angeführt, daß die Studenten aus dem Redaktionskomitee ausgetreten seien. Aber das war ja schon vor dem Erscheinen der ersten Nummer der Fall, ohne daß die IKÖ monatelang daraus irgendwelche Folgerungen gezogen hätte. Was hat sie also plötzlich veranlaßt, diese Tatsache als Anlaß einer Auflösung der Redaktion anzusehen? Zweitens wurde angegeben, daß die Auflageziffer des "S" zu hoch sei, was dem derzeitigen Stand unserer Kräfte nicht entspreche. Aber wenn über einen solchen Punkt Differenzen entstehen, was wäre für einen Marxisten natürlicher, als eventuelle Meinungsverschiedenheiten in Diskussionen zu klären? Hat denn vielleicht die Steiner-Gruppe, trotz aller überzeugenden Argumente der IKÖ starrsinnig auf ihrer Ansicht beharrt, oder ist es nicht vielmehr überhaupt niemals zu irgendwelchem schriftlichen oder mündlichen Meinungsaustausch gekommen? Im "Vorschlag Nr.1" heißt es "brüderliche Kritik ist Pflicht". Versteht die Leitung der IKÖ unter "brüderlicher Kritik" das willkürliche Ausschalten einer ganzen Gruppe von Genossen, ohne sich mit ihnen auf eine sachliche Diskussion einzulassen? Wir erwarten in kürzester Zeit eine Stellungnahme zum Protest der Steiner-Gruppe.

Ohne Datum

Für die Steiner-Gruppe
Bux Bach

An die Genossen Bach und Bux !

Die bei/der Aussprache unserer Vertreter mit Euch versprochene schriftliche Begründung der Kündigung der Arbeitsgemeinschaft "S" war bereits abgefaßt, als wir eine "Protestresolution der Steiner-Gruppe (ohne Datum, gezeichnet von Bux und Bach)" erhielten. Da wir zu dieser ebenfalls Stellung nehmen müssen, haben wir uns entschlossen, dies der Einfachheit halber in einem Schreiben zu tun.

Die Arbeitsgemeinschaft "S" wurde von uns mit Beschluß vom 14.4.49 gekündigt. Die Voraussetzungen, unter denen diese zustande kam, nämlich die Y-Leute in ihrer Fraktionsarbeit zu unterstützen und sie durch diese Form der Zusammenarbeit für unser Programm zu gewinnen, waren bereits nach dem Erscheinen der Nr.1 weggefallen, da y sich aus den bekannten Gründen zurückgezogen haben. (Eure Feststellung, daß y schon vor dem Erscheinen der Nr.1 ausgesprungen sind, ist uns unverständlich, da doch die Nr.1 mit ihnen gemeinsam herausgebracht wurde.) In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig festzuhalten, daß es in Punkt 1 unseres Vorschlages der in einer gemeinsamen Zusammenkunft aller Beteiligten angenommen wurde, heißt: "Die y und wir geben ein gemeinsames Organ heraus ..." Unter "wir" waren selbstverständlich die IKÖ gemeint. Die Genossen Bach und Steiner traten den y gegenüber gemeinsam mit uns auf. Die Differenzen in der Parteifrage, die uns von euch trennen, waren zumindest für die erste Zeit ohne wesentliche Bedeutung, da ja der Hauptzweck der Arbeitsgemeinschaft, die Unterstützung der y in ihrer Fraktionsarbeit und ihre Gewinnung für das Programm der IV. Internationale war. Es bestand praktisch ein ungeschriebenes Abkommen zwischen uns und Euch, unsere Differenzen vor den y nicht auszutragen, sondern sie vorläufig zurückzustellen.

Dies festzuhalten ist deshalb wichtig, da die IKÖ niemals eine "Steiner-Gruppe" anerkennen können, da sich eine solche unseres Wissens weder vor der Arbeiterklasse, noch im engsten Kreis der Revolutionäre, sei es auch nur in der bescheidensten Form, konstituiert und ihre selbständige Existenz begründet hat. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß die IKÖ mit einzelnen Genossen, die sich zur "Steiner-Gruppe" zählen, auf diesem oder jenem Gebiete (Fraktionsarbeit, Gewerkschaften) zusammenarbeiteten oder auch in Zukunft zusammenarbeiten werden. Aber diese Zusammenarbeit, Aktionsgemeinschaft spielt sich zwischen einer Organisation, die einer Disziplin untersteht und einzelnen Genossen, die keiner Disziplin unterstehen, ab. Bei einzelnen Aktionen kommt es dabei zu einer neuen, wenn auch losen, vorübergehenden Disziplin, denn diese ist die Voraussetzung für jede geplante Aktion.

Bei unserer Aktionsgemeinschaft mit den y sind wir über eine solche neue, vorübergehende Disziplin (unser Vorschlag) mit den y-Leuten, die uns gegenüber als eine organisierte oppositionelle Gruppe innerhalb der SP auftraten, übereingekommen, wobei sich die Genossen Bach und Steiner, mit denen wir uns vorher besprochen haben und die uns selbstverständlich politisch näher standen als y, dieser Aktion anschlossen.

Mit der Aktion "S" verfolgten die IKÖ ein bestimmtes Ziel, nämlich die Unterstützung ihrer organisierten Fraktionsarbeit, deren Schwerpunkt wir damals auf die y-Gruppe zu verlegen hofften. Wir waren uns selbstverständlich klar darüber, daß es am Anfang Kompromisse geben werde und daß es nur durch geduldige und ausdauernde Überzeugung der anderen Beteiligten möglich sein wird, dem "S" jene Linie zu geben, die wir ihm zu geben wünschten. Mit dem Ausscheiden von y war die Hauptvoraussetzung für die Aktionsgemeinschaft weggefallen. Dennoch versuchten wir mit den Genossen Steiner und Bach die begonnene Arbeit fortzusetzen und erklärten uns bereit, die Redaktion, trotz dem Ausscheiden von y, aufrechtzuerhalten.

Erst als wir erkannten, daß die Redaktion in ihrer jetzigen Zusammensetzung nicht den Erfordernissen unserer organisierten Arbeit in der Fraktion entsprach und auch nicht die Aussicht bestand, sie von unseren Auffassungen über Fraktionsarbeit, die in den Konferenzbeschlüssen der IKÖ vom Februar 1949 niedergelegt sind, zu überzeugen, kündigten wir die Arbeitsgemeinschaft, dh wir entbanden uns einer Disziplin, der wir uns freiwillig für eine bestimmte Etappe in einer bestimmten Aktion unterworfen haben, als wir erkannten, daß diese Form der Aktion nicht mehr den Interessen unserer Organisation entsprach. Das besagt nicht, daß wir nicht in einer anderen Form, über die wir noch diskutieren können - wir erinnern an unseren Vorschlag einer solchen Diskussion - bereit sind, mit euch zusammenzuarbeiten.

Es ist jetzt noch notwendig, auf die Form der Kündigung, die Ihr in Eurem Protestschreiben kritisiert, einzugehen. Wir waren selbstverständlich bereit, die Nr.3 des "S", die von der alten Redaktion noch beschlossen worden war, erscheinen zu lassen. Wir hatten nur einen Abänderungsvorschlag, nämlich einen Artikel über den Lohn- und Preispaakt anstelle eines anderen, weniger wichtigen hineinzunehmen. Genosse Steiner aber lehnte überhaupt jede weitere Zusammenarbeit ab und die Gen.Bach hat dem nicht widersprochen. Deshalb fühlten wir uns berechtigt, die Arbeitsgemeinschaft als aufgelöst zu betrachten und auch die Nr.3 unter unserer Redaktion herauszugeben. Die Genossin Bach hat uns dann nachträglich einen Artikel zur Frage des Lohn- und Preispaktes Nr.3 geschickt, was wir begrüßten. Wir haben diesen Artikel nicht wegen seines politischen Inhalts, der unserer Ansicht nach richtig ist, sondern wegen seiner taktischen Unzweckmäßigkeit für die Aktion "S" abgelehnt. Dieser Artikel wäre sehr gut für ein Massenorgan geeignet gewesen, er ging aber nicht auf die Rückwirkungen des Lohn- und Preispaktes innerhalb der SP ein.

Zum Schluß möchten wir noch auf einen wichtigen Punkt Eures "Protestes" eingehen. Ihr versucht an mehreren Stellen, die Einheit und Geschlossenheit der ehemaligen Redaktion gegen unsere Organisation auszuspielen. Wir zitieren zwei von Euch unterstrichene Stellen: 1. "Zwischen diesen vier Genossen haben sich niemals auch nur die geringsten Differenzen ergeben". 2. "Alle Vereinbarungen und das ganze Redaktionskomitee wurden einfach übergangen und der Wille der L. der IKÖ selbtherrlich und ohne jedes Recht durchgesetzt." Diese Erklärungen sind ein Trick, der aber zu plump ist, um nicht auf den ersten Blick durchschaut werden zu können. Dies ist ein Versuch, in die inneren Auseinandersetzungen unserer Org., die Euch zum Teil bekannt sind, einzugreifen und einen Teil unserer Genossen gegen ihre Führung auszuspielen. Eine solche Methode ist vielleicht Euer gutes Recht, sie wird aber die ohnehin genug komplizierten und durch die Schärfe der politischen Auseinandersetzungen vergifteten Beziehungen zwischen unserer Org. und Euch nicht verbessern. Daß diese beiden Behauptungen in Eurem Schreiben nicht von Demagogie frei sind, beweisen Eure Feststellungen bei der Bekanntgabe der Kündigung der Arbeitsgemeinschaft, wo ihr gegen die nachträglichen Redigierungen von Artikeln des "S" durch unsere Genossen der Red. protestiert. Dazu kommt, daß es Euch selbstverständlich bekannt ist, daß unsere beiden Genossen in der Red. nicht ihre persönlichen Ansichten, sondern eine Org. und ihre Linie vertreten. Wenn nun unsere Genossen hin und wieder auch ihre persönlichen Ansichten aussprechen, die vielleicht in einer oder der anderen Frage nicht die Ansicht der IKÖ war, so berechtigt Euch das nicht zur Feststellung, die Red. war immer einstimmiger Auffassung - gegen die L. der IKÖ. In der Red. saßen nicht zwei x-beliebige Genossen mit persönlichen Ansichten, sondern zwei Vertreter der IKÖ und ihrer L., die auch deren Kritiken bekanntgaben und den Auftrag hatten, sie mit den Mitteln der Überzeugung durchzusetzen. Das ist Euch genau so bekannt wie uns.

Wir haben versucht, so ausführlich wie möglich auf die augenblicklich zwischen uns und Euch schwebenden Fragen einzugehen. Eine weitere Zusammenarbeit zwischen unserer Org. und Euch in der Aktion "S" können wir uns in der gegenwärtigen Lage nur dann fruchtbringend vorstellen,

wenn die Diskussion über die schwebenden Fragen abgeschlossen wird und wir uns konkret über die möglichen Formen aussprechen. Deshalb möchten wir in nächster Zeit mit Euch zusammenkommen. Bei dieser Zusammenkunft soll auch die organisatorische Liquidation der ehemaligen Red.(Kassa) vollzogen werden.

8.7.49

Mit kommunistischen Grüßen
die L. der IKÖ.

Wien, den 30. Juni 1949.

An die Leitung!

Werte Genossen!

Wir überreichen Euch in der Beilage unseren OFFENEN BRIEF an die Mitglieder der IKÖ. Wir ersuchen Euch, ihn unverzüglich in den "Mitteilungen" zu veröffentlichen.

Gleichzeitig übermitteln wir Euch folgende ANTRÄGE zu Euren letzten gefaßten und von uns kritisierten Beschlüssen. Wir ersuchen Euch, sie als formelle Anträge an die Leitung zu behandeln.

Antrag 1: Zu den wichtigsten Aufgaben für die Arbeit innerhalb der SP gehört die Unterstützung und Befruchtung der linken Tendenzen. Für diese Arbeit, die die Herausbildung eines organisierten linken Flügels zum Ziele haben muß, ist die Herausgabe eines eigenen Fraktionsorgans oder die Mitarbeit an einem Organ, das zusammen mit einer linken Gruppierung herausgegeben wird, zweckmäßig.

Die Leitung beschließt daher, die Diskussion mit der Gruppe St. über eine weitere Zusammenarbeit in der Aktion "S" sofort aufzunehmen. Die Frage einer neuerlichen Mitarbeit der Genossen von y und auch anderer Gruppierungen ist ständig zu überprüfen.

Antrag 2: Die Leitung beschließt, die Tätigkeit des Sekretariats in ihrem alten Umfang wieder herzustellen. Dies ist im Hinblick auf die vor uns stehenden Aufgaben, welche sich besonders im Zusammenhang mit der voraussichtlichen Besserung der objektiven Kampfbedingungen ergeben, notwendig.

Beilage: Offener Brief
vom 30.6.1949

Beer, Fink, Hammer,
Kant, Klinger, Louis.

OFFENER BRIEF AN DIE MITGLIEDER DER IKÖ
=====

Genossen! Genossinnen!

1. Wir sehen es als unsere Pflicht an, Euch mittels dieses offenen Briefes von der ernstesten Situation in unserer Organisation zu unterrichten. Diese Lage wurde hervorgerufen durch die jüngsten Beschlüsse der Leitung. Unser Brief soll Euch aufrufen, den von ihr eingeschlagenen Weg kritisch zu prüfen und gleich uns die Stimme gegen ihre letzten Beschlüsse zu erheben. Er soll Euch ferner von unseren Schritten, die sich als notwendig erwiesen haben, berichten.

2. Die Grundaufgabe, vor der wir stehen, ist die Umwandlung unserer Organisation aus einer Propagandagruppe in eine wirkliche Partei. Der letzte Weltkongreß unserer Internationale hat diese Aufgabe neuerlich unterstrichen. Über den Weg und die Methoden, die zu diesem Ziel führen, herrschen, wie Ihr wißt, in unserer Organisation verschiedene Meinungen. Auf unserer letzten Konferenz haben wir versucht, mit unseren Anträgen über "Unsere nächsten Aufgaben" und über den "Weg zur Partei" eine Grundlage für die weitere Tätigkeit unserer Organisation zu schaffen. Wir sahen und sehen in diesen Anträgen den einzigen Weg, aus dem heutigen Stadium herauszukommen, insbesondere die Stagnation und den drohenden Verfall unserer Organisation zu überwinden und die Tätigkeit der Organisation auf eine neue und höhere Stufe zu heben.

3. Unsere grundlegenden Anträge wurden von der Mehrheit der Delegierten abgelehnt. Aber es war eine sehr schwache Mehrheit, die sich gegen uns entschied. Und selbst aus ihren Reihen erkannte so mancher Genosse die Notwendigkeit, zu breiteren, ergiebigeren Formen der Propaganda überzugehen. Es konnte daher erwartet werden, daß die Leitung bei jedem ihrer Schritte diese Tatsachen berücksichtigen würde. Durch ihre letzten Beschlüsse zeigt sie jedoch, daß sie den entgegengesetzten Weg zu gehen entschlossen ist. Ohne mit diesem Brief zu beabsichtigen, die Diskussion der Gesamtfrage neuerlich aufzurollen, wenden wir uns entschieden gegen diese Beschlüsse.

4. Nach der Entscheidung der Konferenz erklärten wir - u.zw. noch auf der Konferenz -, daß es uns diesmal leider noch nicht gelungen sei, der Organisation Rückschläge zu ersparen; daß wir für unsere Ansichten weiterkämpfen werden; daß wir an allen von der Leitung beschlossenen Aktionen aktiv und diszipliniert teilnehmen werden. Wir sicherten der Leitung vollste Loyalität zu, betonten aber gleichzeitig, nicht auf die Freiheit der Kritik zu verzichten. Die Leitung hat nun vor kurzem Beschlüsse gefaßt, die wir als für die Sache des Proletariats schädlich halten und an denen wir hiermit Kritik üben. Um welche Beschlüsse handelt es sich?

5. Die "Aktion S." wurde noch vor der Konferenz beschlossen. "Der S." sollte von einer Arbeitsgemeinschaft herausgegeben werden. Für seine Redaktion stellten wir ein Drittel ihrer Mitglieder. Nach der Fertigstellung der ersten Nummer verließ ein Drittel infolge ~~taktischer~~ ~~Differenzen~~ taktischer Differenzen die Arbeitsgemeinschaft. Mit den verbliebenen Genossen wurde auf Beschluß der Leitung die Arbeitsgemeinschaft auf der der "Aktion S." ursprünglich zugrundegelegten Plattform weitergeführt. Am 14. Mai beschloß nun unsere Leitung plötzlich; "Wir kündigen die Arbeitsgemeinschaft "S" ab sofort. "Der S." wird von nun an von den IKÖ herausgegeben, da sich die Voraussetzungen, unter welchen die Arbeitsgemeinschaft gegründet wurde, geändert haben und da es unmöglich ist, sie auf die Dauer auf der Linie der Fraktionsarbeit der IKÖ zu halten. Wir sind bereit, über die weitere Zusammenarbeit (Beiträge, Vertrieb) mit dem "S" zu diskutieren".

6. Wir kritisierten an diesem Beschlusse folgendes: Die Leitung klagt immer wieder über Mangel an Kräften - hier hat sie leichtfertig die Zusammenarbeit mit brauchbaren Kräften, mit ernstlich für die Sache

des Proletariats kämpfenden Genossen gebrochen! Es ist Tatsache, daß sämtliche entscheidende Vorschläge in der Frage "S" (organisatorische Vereinbarungen; programmatische Plattform; Untertitel, der das Ziel des "S" hervorhebt) von unseren Partnern in der Arbeitsgemeinschaft angenommen worden sind. Soweit sich bisher die Erfolge der Aktion "S" überblicken lassen, waren alle Erfahrungen ohne Ausnahme positiver Art. Das hat die Leitung einfach übergangen - weil sie ihre Linie in Gefahr sah! Sie selbst konnte in den von der Arbeitsgemeinschaft ausgearbeiteten Nummern des "S" keine politischen Differenzen finden. Ihre Kritik lief darauf hinaus, daß der Vorsitzende der Redaktion - nicht unserer Organisation angehöre und die Arbeitsgemeinschaft "in der Hand" habe! Unserem Delegierten sagte sie Hörigkeit ihm gegenüber, fraktionelles Handeln und Disziplinlosigkeit gegenüber der Leitung nach - weil sie sich wiederholt für die notwendig und zweckmäßig gewordene Erhöhung der Auflage des "S" auf etliche Hundert ausgesprochen und weil sie von zwei Artikeln zur Frage des letzten Lohn- und Preispaktes (die beide von der Leitung selbst politisch bejaht wurden) den ihnen geeigneter erscheinenden zur Veröffentlichung auswählten! Die Leitung war damit nicht einverstanden und ließ die von der Redaktion bereits beschlossene Nr.3 des "S" nicht erscheinen, trotzdem ihre Vertreter der Redaktion "S" das Erscheinen dieser Nummer (bei Austausch eines Artikels gegen einen solchen über den Lohn-Preisakt) ausdrücklich zugesichert hatten. Überdies bekämpfen wir den in der Nr.3 des "S" veröffentlichten Leitartikel auch politisch, denn er enthält unzulässige Konzessionen an den Reformismus. Schließlich kritisierten wir auch die Art, in der die Leitung diese Kündigung ausgesprochen hatte: Sie hat sich nämlich nicht einmal die Mühe genommen, sich über einen so schwer wiegenden Schritt mit unserer eigenen Fraktionsgemeinschaft zu beraten und stellte unsere bisherigen Partner in der Arbeitsgemeinschaft "S" einfach vor vollendete Tatsachen. Sie konnte das nur tun, weil sie die technische Ausfertigung des "S" in der Hand hatte. Und diese materielle Überlegenheit setzte sie ohne Bedenken ein, ohne eine politische Auseinandersetzung auch nur zu versuchen!

7. Dieser Schritt der Leitung bewog uns, die wir auf der Konferenz die Minderheitsresolutions vertraten, zu einer Beratung zusammenzutreten. Das gaben wir vorher der Leitung bekannt und ihr Vorsitzender antwortete uns im Namen ihrer restlichen Mitglieder, daß man gegen eine solche Zusammenkunft nichts haben könne; er wies dabei selbst auf das Minderheitsrecht hin. Nichtsdestoweniger rief uns die Leitung am 25.Mai zusammen und forderte, daß wir einzeln und schriftlich erklären müßten, weshalb wir an der "fraktionellen Zusammenkunft" (die wir am 16.Mai abgehalten hatten) teilgenommen hätten. Wir lehnten dies als in einer revolutionären Organisation nicht üblich ab. Gleichzeitig erklärten wir uns für berechtigt, jederzeit eine solche Beratung zu organisieren. Der Vorsitzende der Leitung stellte dabei die Behauptung auf, daß wir eine Fraktion gebildet hätten. Das bestritten wir entschieden. Wir erklärten, daß wir immer noch nur eine Disziplin anerkennen, nämlich die gegenüber der Leitung. Wie schon am 15.Mai, so stellten wir auch am 25.Mai fest, daß die Leitung mit ihren Maßnahmen den uns aus dem alten "Kampfbund" (1938) noch sehr gut erinnerlichen Weg der mechanischen Ausschaltung der Opposition beschritten habe. Schließlich wiesen wir darauf hin, daß die Leitung sich nicht stark genug fühle, der Kritik an ihrer schädlichen Politik mit den Mitteln der ideologischen Überzeugung entgegenzutreten, sondern sie bereit sei, diese Kritik mit organisatorischen Maßnahmen abzuwürgen. Das hat sich leider sehr bald als richtig erwiesen.

8. Am 29.Mai hat die Leitung weitere Beschlüsse gefaßt. Nachdem sie die Redaktion des "S" der Fraktionsarbeitsgemeinschaft übertragen hatte, beschloß sie auf Grund der oben geschilderten Abstimmung über die Lohn-Preisartikel, zwei Genossen, die wertvolle Erfahrungen in der Fraktionsarbeit haben, aus der Fraktionsarbeitsgemeinschaft auszuschließen - um der Mehrheitsverhältnisse willen! Die Fraktionsarbeitsgemeinschaft aber soll vor allem die Erfahrungen aus der praktischen Aktion der gesamten Organisation vermitteln und die Leitung in allen ihren Beschlüssen, die

sich auf die Fraktionsarbeit beziehen, beraten und in deren Ausführung unterstützen!

9. Ferner hat die Leitung den Sekretär unserer Organisation seiner Funktion enthoben und gleichzeitig als Angestellten der Organisation gekündigt. Sie wirft ihm "Illoyalität gegenüber der Leitung und Organisation" vor. Der Genosse bestreitet die Richtigkeit dieses Vorwurfes und hat sich diesbezüglich an die Disziplinarkommission gewendet. Er gibt seine oppositionelle Haltung gegenüber der Politik der Leitung als den wahren Grund für die gegen ihn getroffenen Maßnahmen an. Da unseres Wissens kein anderer befähigter Genosse bereit ist, sich für die Organisation vollkommen freistellen zu lassen, kommt dieser Beschluß der Leitung einer starken Einschränkung der Tätigkeit des Sekretariats, d.h. also einer empfindlichen Schwächung der Organisation gleich.

10. Die Leitung ist also bereit, ihre sektiererische Linie, die sie auf der Konferenz und noch im März auf der ersten Zusammenkunft des führenden Aktivs unserer Organisation zu verhüllen suchte, fortzusetzen. Alle diese Beschlüsse der Leitung - Auflösung der Arbeitsgemeinschaft "S"; Ausschaltung oppositioneller Genossen aus der Fraktionsgemeinschaft; Enthebung des Sekretärs - bedeuten in ihrer Gesamtheit, daß die Leitung die Tätigkeit der Organisation beschränkt, anstatt sie zu entwickeln; daß sie die Stimme der Opposition mechanisch auszuschalten bemüht ist; daß sie einen solchen Erfolg, wie die Errichtung des Sekretariats bedenkenlos schmälert. Eine solche Politik der Leitung heißt nichts anderes, als unsere Organisation in eine Sackgasse zu führen, Zersetzung und Verfall heraufzubeschwören!

11. Genossen, Genossinnen, niemand von Euch hat bisher bestritten, daß die heutige objektive Lage für die Herausbildung, Unterstützung, Befruchtung oppositioneller Tendenzen in der österreichischen Arbeiterbewegung günstig ist. Das hat auch die letzte Konferenz anerkannt. Die Sozialdemokratie geht mit den Wahlen einer Krise entgegen. Der Stalinismus befindet sich seit längerem in einer latenten Krise. Angesichts dieser Lage vernachlässigt unsere Leitung in Wahrheit die führende Rolle, indem sie sich dieser Führung nicht durch unsere politische Überlegenheit geduldig zu erkämpfen, sondern sie durch ultimative Forderungen und Maßnahmen zuxerreichen trachtet. In Werten vertritt sie die Forderungen der proletarischen Einheitsfront und in der Tat ist sie nicht einmal bereit, eine zweckmäßige Arbeitsgemeinschaft mit den uns am nächsten liegenden politischen Gruppierungen aufrechtzuerhalten!

12. Genossen, Genossinnen, das ist die gegenwärtige Lage unserer Organisation. Sie ist eine ernste Lage! Die letzten Beschlüsse der Leitung sind geeignet, schwere Auseinandersetzungen hervorzurufen. Wir werden bemüht sein, die ungünstigen Begleiterscheinungen, die damit zusammenhängen und die durch die bürokratisch-administrativen Methoden der Leitung genährt werden, auf das kleinstmögliche Ausmaß herabzumindern. Wir werden dafür kämpfen, daß alle unsere Auseinandersetzungen in der rein politischen Sphäre bleiben. Im Interesse des revolutionären Kampfes; im Interesse des Fortschritts unserer Organisation; im Interesse der sachlichen und die Organisation möglichst schonenden Kritik an der schädlichen Politik der Leitung ist es notwendig geworden, uns in dieser Form an Euch zu wenden! Wir erklären gleichzeitig, daß wir nach wie vor darauf verzichten, eine Fraktion mit eigener Fraktionsdisziplin zu schaffen. Wir werden diesen Schritt solange zu vermeiden suchen, als uns nicht neue Maßnahmen der Leitung dazu zwingen. Wir weisen dabei von vornherein jeden Gedanken an die Spaltung unserer Organisation entschieden zurück, mögen auch führende Genossen der Konferenz-Mehrheit heute schon wieder mit ihm spielen. Wir werden unseren Kampf innerhalb der Organisation weiterführen, um die Mitgliedschaft von der Richtigkeit unserer Auffassungen zu überzeugen.

13. Mancher von Euch, Genossen und Genossinnen, wird mit diesem oder jenem Punkt der Minderheitsresolutionen unserer letzten Konferenz nicht einverstanden sein. Dennoch fordern wir Euch auf, gegen die von uns auf-

gezeigten schädlichen Beschlüsse der Leitung Stellung zu nehmen und uns in den konkreten Gegenvorschlägen zu unterstützen, die wir gleichzeitig mit diesem Brief der Leitung vorlegen. Sie betreffen die sofortige Aufnahme der Diskussion mit den anderen Gruppierungen über die weitere Zusammenarbeit in der Aktion "S" und die Wiederherstellung der Tätigkeit des Sekretariats im alten Umfang. Um möglichen Verdächtigungen jede Grundlage zu nehmen, erklären wir hiermit unzweideutig, daß uns von Gen. St. zumindest zweierlei trennt: Die Tatsache seines Ausschlusses und die fragwürdige Eintrittstaktik, in der er (soweit wir unterrichtet sind) auf dem Standpunkt der Konferenz-Mehrheit steht.

14. Genossen, Genossinnen! Diskutiert und kritisiert positiv die Politik der Leitung! Diskutiert ohne jedem Vorurteil auch diesen Offenen Brief! Unterstützt unsere Gegenanträge! Sorgt für den politischen Charakter der Auseinandersetzungen! Wendet Euch entschlossen gegen alle unsachlichen Methoden - wie persönliche Verunglimpfung - sowie gegen das Aufkommen von Cliquegeist!

15. Von der Leitung erwarten wir, daß sie das demokratische Recht auf Kritik und alle anderen Minderheitsrechte in keiner Weise einschränkt und daß sie diesen offenen Brief unverzüglich und inhaltlich unverändert in den "Mitteilungen" veröffentlicht!

16. Wir stehen zur Sache des Proletariats! Wir stehen treu zur Organisation! Wir stehen mit Optimismus und Tatkraft zum Kampf der IV. Internationale und zu ihrem Programm!

Wien, den 30. Juni 1949

Beer, Fink, Hammer,
Kant, Klinger, Louis

Antwort der Leitung auf den Offenen Brief der oppositionellen Genossen!

Wenn der Brief unserer oppositionellen Genossen sich darauf beschränken würde, ihre allen Mitgliedern der Organisation bekannten Auffassungen noch einmal (zum wievielten Male?) bekannzugeben und einen Sachverhalt, mit dem sie nicht einverstanden sind, zu kritisieren, so hätte die L. keinen Anlaß gefunden, ihren "Offenen Brief" mit Kommentar zu veröffentlichen. Da dies aber nicht der Fall ist, so müssen wir zumindest zu den wichtigsten Punkten Stellung nehmen.

Diese Stellungnahme der L. haben zwar die Mitglieder der Org. schon auf den Mitgliederversammlungen gehört und mit großer Mehrheit zur Kenntnis genommen. Unsere Opposition hat auf diesen Versammlungen und auch in den Zellen Gelegenheit gehabt, stundenlang ihre Ansichten darzulegen. Sie sind geduldig angehört worden. Niemand hat sie an ihrem demokratischen Recht der Kritikfreiheit gehindert. Ja sie haben jetzt noch immer die Möglichkeit, im Rahmen der Org. weiterzureden. Das ist ihnen noch immer viel zu wenig.

Sie mußten einen "Offenen Brief an die Mitglieder der IKÖ" schreiben, damit alle Mitglieder davon erfahren, was ihre Ansicht in einer Frage ist, die nun seit Wochen diskutiert wird. Sie haben dieses Schreiben schon lange, bevor sie es absandten, verfaßt gehabt. Sie haben selbst lange darüber diskutiert und sie haben viel Wasser in ihren Wein gegossen, bevor sie zu einer "Meinheitlichen" Auffassung, wie sie sich vor den Mitgliedern ausdrücken sollen, gelangt sind.

Da liegt nun dieses Schreiben vor uns. Es enthält sehr vieles, ja fast alles, was wir bereits kennen. Es enthält viele Verdrehungen von Tatsachen, die ihnen bereits widerlegt wurden. Sie bringen sie aber noch einmal. Das wäre aber nicht das Schlimmste. Objektivität ist letzten Endes eine Eigenschaft, die wahrscheinlich gar kein Mensch besitzt, am wenigsten solche, die subjektiv davon überzeugt sind, daß sie "den einzigen Weg wissen, aus dem heutigen Stadium herauszukommen" (die Unterstreichung

ist von uns). Dabei geben wir offen zu, daß es sich bei vielen dieser Verdrehungen nicht vielleicht um boshafte Absicht handelt. Wir können unsere Oppositionellen mit Leuten vergleichen, die auf dem Kopf stehen und dadurch alles verkehrt sehen.

Wie gesagt, daß wäre halb so schlimm. Die verkehrte Einstellung zu den Sinneseindrücken von Leuten, die auf dem Kopf stehen, gibt sich mit der Zeit und sie sehen wie die anderen. Auch die Einstellung unserer Oppositionellen, daß sie den einzigsten Weg gefunden haben, wird sich bei den meisten unserer oppositionellen Genossen ändern, sie werden mit uns gemeinsam einsehen lernen, daß wir uns diesen Weg (es handelt sich um einen taktischen) immer wieder vom neuen erarbeiten und erkämpfen müssen, daß wir oft erkennen werden, daß wir das, was wir einmal als "einzig" richtig" angesehen haben, ändern müssen - um vorwärts zu kommen.

Allerdings kennen, und damit kommen wir zum Kernpunkt der Differenz mit unseren Genossen der Opposition, auch wir einen einzigen Weg zur Klassenpartei, zu den Massen, zur Macht. Es ist dies der Weg des demokratischen Zentralismus, dessen wichtiger Bestandteil die eiserne revolutionäre Disziplin ist. - Aber weichen wir hier nicht vom Thema ab? Von dieser Frage steht doch garnichts in dem "Offenen Brief". Was hat denn der demokratische Zentralismus, die Disziplin mit den Anträgen der letzten Konferenz, mit der "Linie" der L. zu tun? - Ach richtig, davon schreiben unsere Genossen ja garnichts. Sie schreiben sehr viel (4 Seiten), sehr viel, das sie uns schon oft gesagt haben, viel Richtiges (das sie aber nur vom Gesichtswinkel ihres "einzigsten Weges" betrachten) und viel Falsches (auf das wir noch später eingehen werden), aber sie schreiben kein Wort davon, worin die Differenz der gesamten L., der in dieser Frage die überwiegende Mehrheit der Org. folgt, und ihnen besteht, wovon wir nun wochenlang diskutiert haben. Sie schreiben kein Wort darüber, daß diese Differenz an sich garnichts mit Mehrheit und Minderheit auf der letzten Konferenz zu tun hat. Sie wollen den Anschein erwecken, als wäre das Vorgehen der L. nichts anderes als eine "bürokratisch-administrative" Maßnahme gegen die "Minderheit", als wäre die Suspendierung des Sekretärs nichts anderes als ein Racheakt, weil er eine andere politische Auffassung (den "einzigsten Weg") hat. Sie schreiben aber kein Wort davon, daß der Vertreter der Minderheit in der L. die Beschlüsse, die unsere Opposition bekämpft, mitbeschlossen hat, einschließlich der Beschlüsse über den Sekretär, ohne seinen Standpunkt von der letzten Konferenz aufzugeben, oder daß umgekehrt sich Genossen, die auf dem Boden der Mehrheitsthesen stehen, sich in der Frage des demokratischen Zentralismus mit der Opposition praktisch solidarisiert haben.

Um welchen konkreten Anlaß handelt es sich nun, der zur Gründung der Opposition führte, der der Anlaß des "Offenen Briefes" wurde. Es war der Beschluß der L. vom 14.5. über die Kündigung der Arbeitsgemeinschaft "S". Wir wollen jetzt nicht noch einmal diesen Beschluß begründen, das haben wir, soweit dies möglich war, bereits getan, sondern gleich auf die wichtigste Frage, das Verhalten unserer oppositionellen Genossen zu diesem Beschluß eingehen. Dieses Verhalten hat die L. in der Diskussion als undiszipliniert und mit dem "Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus" nicht vereinbar bezeichnet. Der einstimmige Beschluß der L. bedeutete gleichzeitig eine Aktion, zu deren Durchführung im Sinne des Beschlusses jeder einzelne Genosse und die gesamte Org. verpflichtet war. Bei der Durchführung eines Beschlusses, d.h. bei der Aktion, gibt es nur eines: handeln im Sinne des Auftrages, im Sinne des Beschlusses des dazu berechtigten Organes innerhalb der Organisation, in unserem Falle der L. Wie haben nun unsere oppositionellen Genossen auf einen Beschluß der L. reagiert, wie haben sie gehandelt. Sie haben sich mitten in der Aktion zu einer organisierten Opposition zusammengeschlossen, sie haben versucht, in den Zellen Protestresolutionen zu lancieren, sie haben kritisiert und sie haben dadurch praktisch die Durchführung des Beschlusses sabotiert und zu verhindern versucht. Und das

Schlimmste dabei ist, daß sie ihren Fehler nicht einsehen wollen. Wir haben versucht, sie von der Unrichtigkeit ihres Handelns zu überzeugen. Fehler können passieren, besonders in der Hitze des Gefechtes, das ist nicht so schlimm, man muß sie nur erkennen, einsehen und korrigieren. Alles war umsonst, sie glaubten sich 100%ig im Recht und ihr "Offener Brief", in dem sie von allem anderen schreiben, nur nicht von der entscheidenden Differenz, beweist, daß sie garnicht bereit sind, über diese Frage überhaupt nachzudenken. Unsere Opposition nennt ihren Standpunkt Freiheit der Kritik, Kritik hat noch nie geschadet usw. Wir haben ihnen den schon tausendmal in der Kadenschulung, in der Praxis, in der revolutionären Literatur erwähnten und bewährten Grundsatz vorgehalten: Positive Kritik vor und nach der Aktion, während der Aktion gibt es nur eines: strikte, kritiklose Durchführung des Mehrheitsbeschlusses. Ohne der Einhaltung dieses Grundsatzes ist das Funktionieren einer revolutionären Org. überhaupt unmöglich. In unserem konkreten Fall wurde in der L. diskutiert, bevor sie zu einem Beschluß kam, auch der Sekretär hatte die Möglichkeit, seine Argumente vorzubringen, und dann wurde ein einstimmiger Beschluß gefaßt, dessen Durchführung nun durch das organisierte oppositionelle Auftreten gefährdet wurde. Was wäre geschehen, wenn dieser Disziplinlosigkeit unserer Opposition die Mehrheit der Org. gefolgt wäre, was ja ihr Ziel war (sie forderten ja die Zurücknahme des Beschlusses). Was würde mit einer revolutionären Org. geschehen, wenn sich ihre Mitglieder bei viel entscheidenderen Beschlüssen ihrer fast einstimmig auf demokratischem Wege gewählten L. so verhalten würden, wie unsere oppositionellen Genossen? Das ist die entscheidende Frage, über die diskutiert werden soll, denn das ist eine Frage von grundsätzlichem Charakter für jede revolutionäre Org., alles andere hat nur episodischen Charakter.

Bedeutet nun dieser Standpunkt der kritiklosen Durchführungspflicht von Beschlüssen der dazu berechtigten Organe, daß dadurch eine L. "bürokratisch" alles beschließen kann, was sie will und alle anderen Mitglieder haben nichts anderes zu tun, als zu schweigen und durchzuführen, ob sie nun mit den Beschlüssen einverstanden sind oder nicht? Ganz und gar nicht. Die L. ist ein Organ, das nur der Konferenz verantwortlich ist, ihre führende Rolle in der Org. muß solange anerkannt werden, bis eine neue Konferenz eine neue L. wählt! Wenn die Mehrheit der Org. mit entscheidenden Beschlüssen der L. nicht einverstanden ist, so hat sie die Möglichkeit, eine Konferenz zu verlangen und eine neue L. zu wählen! Die L. muß wählbar, absetzbar, aber auch aktionsfähig sein.

Das sind die Spielregeln des demokratischen Zentralismus, von denen es nur in der Illegalität Ausnahmen gibt. Wenn unsere Opposition andere Auffassungen über den demokratischen Zentralismus, über die Aktionsdisziplin hat, so ist dies zu bedauern. Aber solange diese Auffassungen in unserer Org. von der Mehrheit anerkannt werden, so müssen sie sich danach halten. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht.

Wie bereits erwähnt, brauchen wir auf alle Argumente und Verdrehungen des "Offenen Briefes" nicht einzugehen, da ja einerseits darüber zur genüge diskutiert wurde und andererseits vieles nur eine Wiederholung dessen bedeuten würde, was wir bereits in der Antwort auf den Brief der "Steiner-Gruppe" gesagt haben. Wir wollen uns also nur noch auf das Wichtigste beschränken.

Zu Absatz 6: Wir haben unseren Vertretern in der ehemaligen Arbeitsgemeinschaft nicht deshalb "Disziplinlosigkeit gegenüber der L. nachgesagt, weil sie sich wiederholt für die Erhöhung der Auflage des "S" ausgesprochen haben", sondern deshalb, weil sie nicht die Ansicht der L. und somit die Ansicht der Org. in dieser Frage vertreten haben, sondern ihre persönliche Ansicht. Diese Richtigstellung ist deshalb wichtig, weil sich die beiden Genossen schriftlich korrigiert und ihr Verhalten bedauert haben. Wir glaubten die Angelegenheit damit abgeschlossen, aber da sie nun trotzdem versuchen, sich aus dieser Korrektur durch Verdrehungen herauszureden, können wir daraus schließen, was wir von der Loyalität solcher Korrekturen halten können.

Im selben Absatz ist eine Feststellung, die mit einer Methode vorgebracht wird, deren Charakterisierung wir dem Leser selbst überlassen wollen. Es heißt dort gegen den Schluß des Absatzes: "Überdies bekämpfen wir den in der Nr.3 des "S" veröffentlichten Leitartikel auch politisch, denn er enthält unzulässige Konzessionen an den Reformismus". Jeder Leser weiß, um welche "Konzessionen" es sich hier handelt, daß es sich hier um eine Formulierung handelt, die zu Mißverständnissen Anlaß geben könnte. Auf diesen Fehler aufmerksam gemacht, hat niemand behauptet, daß diese Formulierung günstig sei. Dieser Fehler wurde von allen Beteiligten eingesehen und damit war auch die Frage erledigt. Und was machen nun unsere Oppositionellen. Sie gehen her und werfen sich in die Brust und schreiben, "wir bekämpfen diesen Artikel politisch" usw., sie unterstreichen das Wort unzulässig um zu dokumentieren, wie wichtig ihre Entdeckung ist. Und was sind die Tatsachen? Sie waren bei der Redigierung des betreffenden Artikels anwesend und haben damals, als es noch Zeit wäre, diesen Fehler, der unzulässig (unzulässig unterstrichen) ist, zu verhindern, ihn nicht entdeckt. Ist das positive Kritik? Ist das Loyal? Was werden sich Leute denken, die weder unsere Oppositionellen kennen noch die Tatsache? Der Leser möge nicht ungeduldig werden, wenn wir uns über solche Dinge aufhalten. Er möge selbst entscheiden, welche Absicht dahinter steckt!

Absatz 7: Auch hier liegt eine kleine Verdrehung vor. Es ist richtig, die L. hatte keinen Anlaß, diesen Genossen die Möglichkeit zu nehmen, sich zu beraten. Sie glaubte, daß es den Einsichtsvollen unter ihnen gelingen werde, die Heißsporne und Wichtigtuere unter ihnen von der Unhaltbarkeit ihres Standpunktes zu überzeugen. Das Resultat dieser Beratung war, daß sich die Unterzeichner dieses Briefes zu einer "organisierten Opposition, die keine Fraktion ist" zusammenschloß. Die L. bezeichnete das Vorgehen dieser Genossen als fraktionelle, denn auf das läuft ihre Praxis hinaus. Und in dieser Lage war sie auch berechtigt, an die Genossen der Opposition die Frage zu stellen, nicht warum sie an dieser Zusammenkunft teilgenommen haben, wie es der "Offene Brief" darstellt, sondern von ihnen eine politische Begründung, warum sie sich zu einer organisierten Opposition zusammenschlossen, verlangte. Einerseits behaupteten sie, daß ihre Opposition keine eigene Disziplin kenne, deshalb fragten wir sie einzelnen, und andererseits sind wir der Ansicht, daß man einen so wichtigen Schritt, wie die Gründung einer "organisierten Opposition" mitten in der Aktion auch schriftlich begründen muß. Wir überlassen es wieder dem Leser, sich zwischen der Darlegung der Opposition und der L. selbst ein Urteil zu bilden.

Absatz 8: In diesem Absatz erweisen sich unsere oppositionellen Genossen als Leute mit kurzem Gedächtnis, oder sie rechnen mit dem Vorhandensein eines solchen bei den anderen. Wer hat auf der Konferenz und nachher die Ansicht vertreten, daß die Mehrheitsverhältnisse in der Org. in ihren führenden Organen eindeutig zum Ausdruck kommen müssen, daß die Linie der Org. in allen führenden Organen eine eindeutige Mehrheit besitzen muß? Wer hat diese Ansicht vertreten, die führenden Genossen der heutigen Opposition oder die L.? Hat die L. auch nur einen Genossen der Minderheit aus dem führenden Kader entfernt, obwohl sie es nach Ansicht der "Führer" der Opposition hätte tun müssen? Die L. hat einen Teil der Genossen der Minderheit von der Unhaltbarkeit ihres damaligen Standpunktes in dieser Frage überzeugt und die Zusammenarbeit mit ihnen hat sich als fruchtbar erwiesen, im Interesse der Sache, über die Mehrheits- und Minderheitsverhältnisse der Konferenz hinweg. Um die FAG nun arbeitsfähig zu machen, haben wir das gemacht, ~~was~~ was die oppositionellen Genossen, die unsere Vertreter in der ehemaligen Arbeitsgemeinschaft "S" waren, selbst verlangt haben, nämlich solche Genossen in die Redaktion zu nehmen, die die Linie der Org. vertreten. Die L. hat sich selbst dazu erst nach der letzten schweren Erfahrung mit ihnen dazu entschlossen, nämlich nach der Abstimmung über die beiden Artikel über den Lohn-

und Preispaakt. Die Genossen wollten einen Artikel unterbringen, der einen Aufruf an die Massen enthielt und haben den Artikel, der sich mit den Rückwirkungen des Lohn- und Preispaktes auf die innerparteilichen Verhältnisse innerhalb der SP befaßte, also dem eigentl~~ich~~h Zweck unserer Fraktionsorgans entsprach, abgelehnt. Der Vertreter der L. mußte sich in diesem Falle an die L. um die Entscheidung wenden. Dies ist aber auf die Dauer nicht möglich, denn die FAG muß selbständig arbeiten können. Weil die L. das getan hat, was sie schon längst von ihr gefordert haben, weil sie aus Zweckmäßigkeitsgründen ein Stück auf ihrem "einzigem Weg" gegangen ist, so ist dies jetzt ein Anlaß, um die Stellungnahme unserer oppositionellen Genossen zu untermauern. Was ist das, Opposition um der Sache willen oder Opposition um der Opposition willen?

Absatz 9: Es handelt sich hier um die Frage des ~~Sekretär~~ Sekretärs. Hier geht der "Offene Brief" sehr vorsichtig vor. Die L. hat sich mit den oppositionellen Genossen über diese Frage ausführlich auseinandergesetzt. Wir haben ihnen eine Reihe von Beispielen seiner Illoyalität aufgezeigt, sie konnten dazu im besten Falle schweigen. Abgesehen von dem Hauptpunkt seiner Illoyalität (der Sekretär hat sich als Durchführungsorgan der L. mitten in der Aktion an die Spitze einer "organisierten Opposition" gegen die L. gestellt und dadurch die Durchführung des Beschlusses zu verhindern versucht), den natürlich unsere oppositionellen Genossen nicht begrüßen können (wir erinnern an das Beispiel von dem Manne, der auf dem Kopf steht), haben sie also Beispiele seiner Illoyalität. Und jetzt versuchen sie sich aus der Affäre zu ziehen. Sie schreiben: "Sie (die L.) wirft ihm 'Illoyalität gegenüber der L. und Organisation' vor. Der Genosse (der Sekretär) bestreitet die Richtigkeit dieses Vorwurfes.." was heißt das? Wie stellen sich die übrigen fünf Genossen, die den "Offenen Brief" unterschrieben haben, zu dieser Frage? Wenn die L. einen Genossen etwas vorwirft und er bestreitet, so ist das eine Angelegenheit, die diese beiden angeht. Der "Offene Brief" verwendet aber diese Angelegenheit, auch als Argument gegen die "sektiererische Linie" der L. Aber unsere Genossen wird jetzt interessieren, ob auch die anderen fünf Genossen die Richtigkeit des Vorwurfes der L. bestreiten, nicht nur er. Wenn ja, warum haben sie das nicht ausgesprochen? Wenn nein, in welche Kategorie gehört dann ihr Argument?

Unsere Opposition hätte besser daran getan, über die Frage zu schweigen, in ihrem eigenen Interesse und im Interesse des betreffenden Genossen. Wenn er als den wahren Grund für die gegen ihn getroffene Maßnahme seine oppositionelle Haltung gegenüber der L. angibt, was geben dann die anderen fünf Genossen als den wahren Grund an? Hat dieser Genosse nicht schon während und nach der Konferenz seine politischen Auffassungen offen ausgesprochen und trotzdem ist er Sekretär geblieben? Wir sehen, über diese Frage wäre besser geschwiegen worden.

x

Genossinnen und Genossen! Die von unserer Opposition heraufbeschworenen Diskussionen in unseren Mitgliederversammlungen habe zu einem gewissen Abschluß geführt. Die überwiegende Mehrheit der Org. hat sich für den Abschluß der Diskussion ausgesprochen. Auch die L. vertritt diesen Standpunkt. Die Opposition ist anderer Ansicht, für sie beginnt die Diskussion erst. Zu diesem Zwecke haben sie uns den "Offenen Brief" zur Veröffentlichung übergeben. Warum wir so ausführlich darauf eingehen mußten werden die Leser jetzt, nachdem sie unsere Antwort darauf gelesen haben, verstehen.

Unsere Opposition wirft der Org. eine sektiererische Linie vor. Die praktische Tätigkeit unserer Org. betrachten sie mit einem schiefen Auge, sie entdecken hinter jeder Tätigkeit das Sektierertum. Betriebsarbeit und Fraktionsarbeit wie sie auf der Konferenz beschlossen

wurden, die "Methoden der L." (der demokratische Zentralismus, die revolutionäre Disziplin) sind für sie nur besondere Seiten des Sektierertums.

Aber dort, wo in unserer Org. wirklich Kennzeichen des Sektierertums zu erkennen sind, dort sieht sie unsere Opposition nicht. Nämlich in ihren eigenen Reihen, in ihren Auffassungen über die Tätigkeit einer revolutionären Organisation. Es wird viel zu wenig und viel zu kurz diskutiert, es muß über jede Frage so lange gesprochen werden, bis alle überzeugt sind, bis nichts mehr davon überbleibt, das ist die Praxis, die sie uns vorführen und vertreten.

Durch diese Praxis hat eine Episode unseres Kampfes zu einer wochenlangen Diskussion geführt. Solchen Episoden werden wir auf Schritt und Tritt im weiteren Verlauf unseres Kampfes begegnen. Wenn wir zur Überwindung eines jeden Hindernisses, das uns die Opposition vor die Füße legt, um uns am Weitergehen zu behindern, so lange brauchen wie dieses Mal, dann werden wir mehr Kraft zur Wegräumung des Hindernisses benötigen als zum Vorwärtsschreiten.

Wir haben sehr viel Geduld mit unserer organisierten Opposition bewiesen und werden sie auch weiter beweisen, die geduldige Überzeugung soll unsere Hauptwaffe sein. Aber auch diese Geduld hat ihre Grenzen, nämlich dort, wo sie uns in unserer praktischen Tätigkeit hindern, werden wir ihnen öfters sagen müssen: "Wartet einen Augenblick, wir kommen gleich wieder, wir haben jetzt Wichtigeres zu tun."

Und unsere oppositionellen Genossen laden wir ein zu gemeinsamer Arbeit im Interesse der Sache und wenn sie nicht mitmachen wollen, dann sollen sie wenigstens einen Schritt beiseite treten, um uns nicht zu behindern.

9.7.1949

Die Leitung

PS: Die L. faßte zu den von den Genossen Beer, Fink, Hammer, Kant, Klinger und Louis gestellten formellen Anträgen folgenden Beschluß: "Die beiden Anträge werden auf Grund unserer bisher gefaßten Beschlüsse als gegenstandslos betrachtet." Einstimmigkeit.
